

Antrag 2024/II/Innen/4

Jusos Hamburg

Abschiebungen

1 Rassistisch motivierte, menschenunwürdige Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien so-
2 fort stoppen!

3 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge mit dem Ziel der Weiterleitung an den SPD Bun-
4 desparteitag und die SPD Bundestagsfraktion beschließen: Terroranschläge einzelner Islamis-
5 ten wie jüngst in Solingen (im August 2024) dürfen nicht dazu führen, dass Schutzsuchende
6 aus dem arabischen Raum unter Generalverdacht gestellt und ihren Grundrechten auf ein men-
7 schenwürdiges Leben und Asyl beraubt werden. Wir bekennen uns klar zu Artikel 1, Absatz 1 un-
8 seres Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen
9 ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Ebenso bekennen wir uns zum Grundrecht auf Asyl
10 (Art. 16a GG), zur Genfer Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonven-
11 tion. Auf dieser Grundlage fordern wir einen sofortigen Abschiebungsstopp nach Afghanistan
12 und Syrien. In beiden Ländern kann nicht gewährleistet werden, dass keine erhebliche, konkre-
13 te Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht.

14 **Begründung**

15 Jedes Mal, wenn ein Islamist einen menschenverachtenden Anschlag durchführt, sind es Men-
16 schen mit Migrationsgeschichte und Muslim*innen, die sich verantworten müssen und unter
17 Generalverdacht stehen. Das darf so nicht weiter gehen. Dass diese Menschen oft vor genau
18 diesem Islamismus geflohen sind, interessiert unsere Partei scheinbar nicht. Dass es vor allem
19 Migrant*innen sind, die im Kampf gegen Islamismus an vorderster Front stehen, ebenso we-
20 nig. Und natürlich werden die Solidaritätsbekundungen und -veranstaltungen von Syrer*innen
21 für Solingen medial kaum wahrgenommen, sie passen nicht ins rassistische Klima. Es ist eine
22 Schande, dass unsere und auch andere Parteien die rassistischen Ressentiments der Rechten
23 übernehmen und sie dadurch nur stärken. In Afghanistan und Syrien herrschen menschenun-
24 würdige Zustände unter menschen- und insbesondere frauenverachtenden Regimen: Frauen
25 dürfen nur vollverschleiert auf die Straße, wenn sie das Haus überhaupt verlassen dürfen. Sie
26 haben praktisch keine Rechte und sind nur dafür da, dem Mann zu dienen. Menschen dürfen
27 ihre Meinung nicht öffentlich kundtun und wenn sie es tun, haben sie mit stärksten Repressio-
28 nen zu rechnen. Oppositionelle werden systematisch verfolgt. Es gibt keine unabhängige Jus-
29 tiz, keine unabhängigen Sicherheitsbehörden, keine Gewaltenteilung und somit auch keinen
30 Rechtsstaat. Auch muss uns bewusst sein, dass eine (auch indirekte) Verhandlung mit Assad
31 oder den Taliban diese Regime durch unsere Politik legitimiert und festigt. Das kann nicht das
32 sein, was wir mit unserer Politik erreichen wollen. KEIN MENSCH IST ILLEGAL! ALERTA!